

# Argentinisches Tageblatt

Sonnabend, 18. November 2000

111. Jahrgang Nr. 31.276

## Strassensperren mit Gewaltausbrüchen

Die besonders milde Hand der Nationalregierung gegenüber den Aktivisten, die Landesstrassen an strategischen Knotenpunkten sperren, macht sich insofern für die Aktivisten bezahlt, als sie angespornt werden, die Sperren aufrecht zu erhalten und neue Sperren zu verfügen, damit ihre Forderungen befriedigt werden. In La Matanza unweit der Bundeshauptstadt ist die Regierung auf die Forderungen der Aktivisten mit Zugeständnissen von Subventionen an Arbeitslose eingegangen, ohne vorher die Aufhebung der Sperren zu fordern. In der Folge gab es neue Strassensperren an verschiedenen Punkten des Landes.

Die Aktivisten sind besonders findig mit Argumenten, die ihre Forderungen untermauern. Sie verlangen von der Nationalregierung, dass ihnen sogenannte Arbeitspläne (Spanisch „planes trabajar“) zugeschanzt werden, damit sie mit öffentlichen Geldern den Arbeitslosen in ihrem Einzugsgebiet Subventionen mit Gelegenheitsarbeiten zuleiten. Dadurch gewinnen die Aktivisten politischen Einfluss und eine Klientel, die gelegentlich bei Wahlen eingesetzt werden kann.

Mit der Begründung, dass es Arbeitslose gibt, was sicherlich stimmt, fordern die Aktivisten Arbeitsplätze und Subventionen. Die Provinzregierungen wollen ihrerseits diese Sozialsubventionen selber verteilen und die Nationalregierung ausschalten, die die Subventionen im Rahmen zahlreicher Sozialpläne im Arbeits- und im Sozialministerium verteilen. Dass hierbei möglicherweise mehr als die Hälfte der Gelder durch die Bürokratie verschlungen wird, die sie verwaltet, entspricht dem landesweiten Usus staatlicher Verwaltung.

Angeblich verwalten beide genannten Ministerien über drei Milliarden Pesos für Sozialhilfen im Haushalt, von denen sicherlich mehr als die Hälfte für Beamtengehälter, Honorare an Dritte sowie allerlei andere Spesen vergeudet werden. Die Arbeitslosen erhalten nur den Rest. Mit einer normalen Arbeitslosensubvention würden viel mehr Sozialgelder an bedürftige Familien vergeben werden, ohne überflüssige Aus-

gaben für die Bürokratie. Doch das entspricht nicht den landesweiten Traditionen der Staatsverwaltung, die sich bekanntlich zunächst selber bedient, ehe sie Dritten Gelder zuschanzt.

Die Strassensperren eskalierten in der Vorwoche unweit General Mosconi und Tartagal im Norden der Provinz Salta in Gewaltausbrüche, nachdem die Provinzpolizei zur Freigebung des Strassenverkehrs eingeschaltet worden war, wobei ein Teilnehmer an der Kundgebung erschossen wurde. Er war arbeitsloser Busfahrer mit Frau und Kindern.

Der aufgebrachte Mob plünderte daraufhin die Geschäfte in Tartagal und zündete Polizeivehikel sowie das Polizeirevier und das Gemeindehaus an. All das wurde landesweit im Fernsehen ausgestrahlt. Erst als der nationale Grenzschutz eingeschaltet wurde, hörten die Gewaltszenen auf. Der materielle Schaden war indessen geschehen und hatte unschuldigen Ladeninhabern unermessliche Verluste zugefügt sowie Gemeingut der Polizei und Lokalverwaltung zerstört.

Strassenbesetzungen verhindern den Verkehr mit Kraftfahrzeugen. Das ist ein Delikt, das gegen das in der Verfassung verbriefte Transitrecht verstösst. Plünderungen sind ebenfalls Verbrechen, die geahndet werden müssen, ebenso der Tod mit Kopfschuss des Kundgebers in Salta.

Die Arbeitslosigkeit wird mit solchen Aktionen keinesfalls behoben, sondern eher verschlimmert, wenn verunsicherte Unternehmer nicht investieren. Die Nationalregierung mit dem Grenzschutz und der Bundespolizei sowie die Provinzregierungen und die Gemeindeverwaltungen müssen dafür sorgen, dass die Strassensperren gleich nach ihrer Einrichtung aufgehoben werden, wofür sicherlich nicht geschossen werden muss. Die soziale Not muss durch die nationalen und provinziellen Behörden gelindert werden, ehe sie durch echte Investitionen kraft Einstellung arbeitsloser und arbeitswilliger Menschen behoben werden kann. Mit Gewalt wird genau das Gegenteil erreicht.

## Teil-Einigung mit PJ-Gouverneuren

### Operative Ausgaben eingefroren / 225 Millionen mehr für Soziales

Die Regierung hat sich am Mittwoch mit den PJ-Gouverneuren auf einen neuen Fiskalpakt zur Einfrierung der operativen Ausgaben bis 2005 geeinigt. Zugleich verpflichteten sich die Provinzen bis zu diesem Zeitpunkt, „ausgeglichene Finanzen“ zu erreichen. Die von Beobachtern als an die Kapitalmärkte gerichtete „Vertrauenssignal“ bezeichnete Entscheidung gilt als Voraussetzung für die beschleunigte Gewährung eines Sonderkredits in Höhe von 24 Milliarden Dollar durch den Internationalen Währungsfonds und andere internationale Finanzgremien.

Der Fiskalpakt sieht 80 Prozent der 225 Millionen für Arbeitsbeschaffungsprogramme vor, während die restlichen 20 Prozent für Sozialpläne eingesetzt werden. 50 Prozent der Gesamtsumme werden zu gleichen Teilen an die einzelnen Provinzen gehen und die anderen 50 Prozent entsprechend dem jeweiligen Koeffizienten der Steuer-

mitbe-teiligung.

Die Zustimmung unter den Oppositions-Gouverneuren war jedoch nicht einhellig. Während der bonaerenser Carlos Ruckauf Wirtschaftsminister José Luis Machinea versicherte, der Pakt sei „beschlossene Sache“, erklärte der Gouverneur von Santa Cruz, Néstor Kirchner, er werde die Vereinbarung nicht unterschreiben. Die Allianz-Gouverneure hingegen zeigten sich unmittelbar nach Bekanntwerden der Einigung bereit, den Fiskalpakt, der letztlich aber noch der Ratifizierung durch den Kongress bedarf, zu unter-zeichnen.

Noch am Mittwochmorgen waren die Verhandlungen stagniert und kamen offenbar erst voran, als Kabinettschef Chrystian Colombo den Gouverneuren am Nachmittag eine Sonderzuwendung von 225 Millionen Pesos für Sozial- und Arbeitsbeschaffungspläne anbot, die im Haushalt 2001 festgeschrieben werden soll. Diese Mittel werden

überwiegend von den Provinzen verwaltet, der Nation stehen in Form von Buchprüfungen - geplant ist ein zentrales Register, in dem die Nutzniesser aller Programme aufgeführt sind - teilweise nur (nachträgliche) Kontrollmöglichkeiten

über die Verwendung zu. Allerdings wird die Nationalregierung die Aufsicht über die jährlich mehr als eine Milliarde Pesos umfassenden Sozialprogramme, die sie bisher inne hatte, auch weiterhin ausüben.

## Botschafter Pesci Bourel wehrt sich

Der argentinische Botschafter in Deutschland, Andrés Guillermo Pesci Bourel, hat Berichte der Zeitung „La Nación“ zurückgewiesen, wonach die deutsche Justiz gegen den Diplomaten wegen „unbegründeter Entlassungen“ von Angestellten der Botschaft ermittelt. Gegenüber dem Argentinischen Tageblatt erklärte Pesci Bourel in einem Schreiben am Donnerstag, es liefen „in Deutschland keinerlei Ermittlungen, weder gegen den argentinischen Botschafter in Bonn noch gegen andere Diplomaten“. Zugleich wies er alle Vorwürfe der Zeitung zurück und unterstellte dem Blatt, „die Öffentlichkeit ... zu verwirren“. „La Nación“ hatte in den Ausgaben vom 13. und 14. November gemeldet, die deutsche Justiz habe Ermittlungen gegen Pesci Bourel aufgenommen. Dem Botschafter werde „schlechter Umgang“ mit Angestellten sowie Missbrauch von Staatsmitteln für private Zwecke vorgeworfen. Nach Angaben von „La Nación“ werde auch gegen drei weitere Diplomaten ermittelt. Die Justiz sei tätig geworden, nachdem mehrere Angestellte der argentinischen Vertretung in Bonn Klagen wegen angeblich unbegründeter Entlassungen eingereicht hätten. Auch liefen im Aussenministerium in Buenos Aires bereits seit Jahresbeginn Untersuchungen gegen Pesci Bourel, heisst es in den „La Nación“-Artikeln.

# Überraschende Aktivitäten Cavallos

## Ex-Wirtschaftsminister rät Gouverneuren, Wirtschaftsmaßnahmen zu unterstützen

Präsident Fernando de la Rúa kann sich immer mehr der Rückendeckung durch den ehemaligen Wirtschaftsminister Domingo Cavallo sicher sein. Am Dienstag begann Cavallo in seinem Versuch, die PJ-Gouverneure für die Wirtschaftslinie der de la Rúa-Administration zu begeistern, mit mehreren PJ-Gouverneuren eine Gesprächsrunde, an deren Ende die Zustimmung der Oppositions-Politiker zu den neuen Wirtschaftsmaßnahmen der Allianz-Regierung stehen soll.

So erhofft es sich zumindest der Chef der Acción por la República (AP), denn „das Fehlen politischer Unterstützung für das Projekt ist ein ernstzunehmendes Risiko für die Wirtschaft des Landes“, wie Cavallo vor der Presse erklärte. Die konkrete Geste Cavallos zugunsten des neuen Maßnahmenpakets kam damit prompt, nachdem die Abgeordnetenfraktion der AP noch am Wochenende erklärt hatte, man kenne die Tragweite der Maßnahmen noch nicht.

Die Intervention des Autors der seit 1991 geltenden Parität von Peso und Dollar wurde am Dienstag auch von dem Wirtschaftler und Leiter der Cavallo-Stiftung „Novum Millenium“, Adolfo Sturzenegger, in einem Radiointerview mitgeteilt. Cavallo habe die Gouverneure gebeten, die Maßnahmen zu befürworten, weil das Paket „positiv für die

Beruhigung der Märkte“ sei, erklärte Sturzenegger. Ohne auf die Forderungen der Oppositions-Gouverneure gegen Kürzungen im Sozialbereich als Bedingung einer Unterstützung einzugehen, habe Cavallo versucht, „den PJ-Gouverneuren die Situation so zu erklären, dass diese die Maßnahmen unterstützen“, sagte Sturzenegger.

In dem Gespräch mit Radio Continental wies Sturzenegger darauf hin, dass Cavallo versuche, den „allgemeinen Wissensstand“ zu verbessern, indem er die Realitäten aufzeige. Dies sei eine „sehr überlegte und konstruktive Form der Zusammenarbeit, um aus der Situation herauszukommen“.

Bereits im vergangenen Monat hatte Cavallo eine Annäherung an die Allianz-Regierung gesucht, um „eine Vertiefung der Krise zu verhindern“, wie der Politiker im Oktober erklärte. Zugleich stellte er damals jedoch klar, er sei kein „Schattenminister“ von Präsident de la Rúa. Seine Strategie schließt jedoch seitdem sowohl gemeinsame Fotos mit Wirtschaftsminister José Luis Machinea als auch gute Beurteilungen der Allianz-Verwaltung bei Gesprächen mit internationalen Investoren ein.

## Blockade in Tartagal aufgehoben

### Nach 15-tägiger Sperre und Zugeständnissen ist die Fernstraße 34 wieder frei

Nach 15-tägiger Blockade der Nationalstraße 34 und erbittertem Widerstand gegen Provinzbehörden, Polizei und die Nationalregierung haben die Streikposten der Stadt Tartagal in der Provinz Salta am Montag die hart umkämpfte Straße wieder freigegeben. Der Rückzug kam letztlich überraschend, da die Verhandlungen zwischen den Streikenden und Vertretern der Nationalregierung zu diesem Zeitpunkt als gescheitert galten. Der Anführer der Streikenden, José „Pepino“ Fernández erklärte nach den abschliessenden

Verhandlungen in der Kaserne des Infanterieregimentes Tartagal: „Ich weiß nicht, ob wir einverstanden sind, doch zumindest sind wir beruhigter.“

Müde und erschöpft von den Strapazen der „Widerstandes gegen die Staatsgewalt“ hatten sich die „piqueteros“ zuvor von ihrem 21-Punkte-Programm distanziert und das Angebot der Regierung angenommen, das allerdings wenig Antworten auf die ursprünglichen Forderungen der Streikenden gibt. Beide Seiten „einigten“ sich letztlich auf die Bereitstellung von

400 Zeitarbeitsstellen durch die Nationalregierung, die Finanzierung mehrerer öffentlicher Bauvorhaben sowie eine Pension in Höhe von 500 Pesos monatlich für die Witwe des Bauarbeiters Aníbal Verón.

Dieser war am vorvergangenen Freitag bei dem Versuch der Provinzpolizei, die logistisch wichtige Fernstraße zu räumen, unter bislang ungeklärten Umständen erschossen worden. Ein Polizeisprecher wies jedoch alle Anschuldigungen, der tödliche Schuss sei von der Polizei abgefeuert worden, mit dem Hinweis auf das Kaliber der tödlichen Kugel (22, die Provinzpolizei verwendet mehrheitlich 9mm-Waffen) zurück.

Letztlich kam die Einigung am Montag daher für beide Seiten überraschend, nachdem die Situation noch am Nachmittag neuerlich zu eskalieren drohte, als die Polizei von Tartagal ankündigte,

die Straße „wenn nötig auch mit Gewalt“ freimachen zu wollen. Vor dem Hintergrund des tödlichen Zwischenfalls um Verón lenkten die Streikenden daher schliesslich ein, obwohl Anführer Fernández noch kurz zuvor die Konzessionen der Nationalregierung als „Brotkrümel“ bezeichnet hatte.

Auch der am Sonntag aus Buenos Aires kommende in Tartagal eingetroffene Staatssekretär für die Beziehungen zu den Provinzen, Walter Ceballos, war bei seiner Ankunft noch von einem Scheitern der Verhandlungen ausgegangen - auch, weil die Provinzregierung wiederholt erklärte, sie werde sich mit den „piqueteros“ erst nach Aufhebung der Straßenblockade an den Verhandlungstisch setzen. Zuvor hatte auch der Gouverneur von Salta, Juan Carlos Romero, in einem Telefongespräch mit Präsident Fernando de la Rúa die Verhandlungen als gescheitert erklärt.

## Randglossen

**Während in der Regierung und den Provinzen eine Finanzkrise ausgekocht wird, die ihresgleichen vergeblich sucht, vergnügen sich 44 Parlamentarier italienischer Herkunft in Rom auf Einladung der italienischen Regierung, die für Reisespesen und Aufenthalt aufkommt. Selbstverständlich ist die argentinische Delegation die zahlreichste unter Parlamentariern anderer Länder, die ebenfalls von Italiern abstammen. Bei der Zusammenkunft werden Reden gehalten, ansonsten nichts, so dass die Reisenden sich der historischen Stadt Rom erfreuen können. Dass im Kongress zu Buenos Aires besonders konfliktgeladene Gesetzesprojekte zur Behandlung ausstehen, kümmert die reisefreudigen Parlamentarier überhaupt nicht. Reisen muss sein, Rom ist ein herrliches Touristenziel und Buenos Aires kann bis zur Rückkehr**

warten.

Kurz vor dieser Tourismusreise der Parlamentarier waren rund hundert Kollegen sowie vierhundert Argentinier ebenfalls nach Rom zum angrenzenden Vatikan gereist, allerdings angeblich auf eigene Rechnung, um dem Papst die Sorge über die Honorierung der Auslandsschulden vorzutragen. Selbstverständlich war die argentinische Delegation die grösste aus Übersee, nur kleiner als die italienische, die dort lebt, und die polnische, die dem Papst treu ist. Johannes Paul II. mag sich gewundert haben, wie wohlhabend fünfhundert Argentinier sind, die sich eine solche Reise leisten und sich über die Auslandsschulden sorgen, für deren Bedienung sie offenbar nicht selber aufkommen wollen. Ob der Papst hierfür freundlicherweise einspringt oder zumindest ein gutes Wort bei den Gläubigern einlegt?



**SERVICIOS  
DIGITALES**

[www.multimedia.com.ar](http://www.multimedia.com.ar)

O'Higgins 4380 - CP 1429 - Buenos Aires - República Argentina  
Tel/Fax: (54-11)4704-0977 - [info@multimedia.com.ar](mailto:info@multimedia.com.ar)

# WOCHENÜBERSICHT

## Stadtregierungsbilanz

In seiner „Bilanz der ersten einhundert Tage“ hat der Chef der Stadtregierung, Aníbal Ibarra, den „vorangetriebenen Ausbau des U-Bahnnetzes und die Einführung zweisprachiger öffentlicher Schulen“ hervorgehoben. Ibarra legte seinen Rechenschaftsbericht rund 250 Beamten im Centro Cultural San Martín vor, darunter auch Vizechefin Cecilia Felgueras.

## Politischer Alltag I

Der Nationalabgeordnete Rafael Flores (Santa Cruz, Allianz) hat Anzeige gegen den Gouverneur der Provinz Santa Cruz, Néstor Kirchner, erstattet. Flores wirft Kirchner Missbrauch öffentlicher Mittel vor. Der Gouverneur soll im vergangenen Jahr Reisen von Wählern zu den Provinzwahlen aus öffentlichen Mitteln bezahlt zu haben.

## Politischer Alltag II

Die Justiz der Provinz Feuerland ermittelt gegen zahlreiche ehemalige Amtsträger der Provinzverwaltung. Ihnen wird betrügerische Verwaltungsführung und schuldhaftige Verschleuderung öffentlicher Mittel vorgeworfen. Angeklagt ist auch der derzeitige Nationalsenator der Provinzpartei MPF, Ruggero Preto. Über Preto wurde ein Vermögensbargo in Höhe von zwei Millionen Pesos verhängt.

## Politischer Alltag III

Der Generalstaatsanwalt der

Provinz Córdoba, Marcelo Britos, will beim Obersten Gerichtshof in Buenos Aires einen neuen Prozess gegen den heutigen Nationalsenator Eduardo Angeloz angestrengen. Britos wirft Angeloz illegale Bereicherung vor. Die cordobeser Justiz hatte Angeloz 1998 nach einem langen Verfahren freigesprochen, in dessen Verlauf er von seinem Amt als Senator suspendiert war. Das Oberste Gericht ist damit die letzte Instanz, die den Angeloz-Klägern bleibt.

## Sonderfraktion

Die Senatoren der Allianz haben sich auf die Bildung einer gemeinsamen Sonderfraktion im Senat geeinigt. Demonstrativ soll damit Einigkeit gezeigt werden, nachdem die Finanzmärkte in den letzten Wochen die Stabilität der Regierung Fernando de la Rúa mehrfach zu gefährden drohten.

## Image-Schaden

Im Trend einer Gallup-Umfrage von Ende Oktober (siehe AT vom 11.11.00) hat eine Untersuchung von Graciela Römer jetzt eine weitere Abnahme des Images von Präsident Fernando de la Rúa bei den Bürgern ergeben. Demnach haben 42 Prozent der Befragten von de la Rúa eine schlechte Meinung, nur 23 Prozent eine gute. Am positivsten wird der bonaerenser Gouverneur Carlos Ruckauf gesehen (46 Prozent). Es folgen die Abgeordnete Elisa Carrió (35), der Ex-

Gouverneur von Buenos Aires, Eduardo Duhalde (32), der Gouverneur von Santa Fe, Carlos Reutemann (31), Ex-Wirtschaftsminister Domingo Cavallo (29), Frepaso-Chef Carlos Alvarez (28 Prozent) und der Ex-Präsident und UCR-Vorsitzende Raúl Alfonsín (24).

## Feminine Reisegruppe

Eine umfangreiche Reisegruppe aus illustren argentinischen Damen ist unter der Woche nach Washington gereist. Auf Einladung der Interamerikanischen Entwicklungsbank nahmen die Frauen an einem Seminar zur „Verteilung des Reichtums und der Frage nach Regierbarkeit“ teil. Mit von der Partie waren die Vizechefin der Stadtregierung, Cecilia Felgueras (UCR), die Nationalabgeordnete Cristina Kirchner (PJ), Gattin des der Untretung öffentlicher Mittel verdächtigen Gouverneurs von Santa Cruz, Néstor Kirchner, sowie die Stadtabgeordnete María Laura Leguizamón (PJ).

## Stromausfall

Auf Grund eines technischen Problems mussten am Montagmorgen mehr als zwei Millionen Menschen in der Bundeshauptstadt und verschiedenen Orten der Provinz Buenos Aires zeitweise mehrere Stunden ohne Elektrizität auskommen. Die Stromversorger Edenor und Edesur erklärten übereinstimmend, der Ausfall habe „betriebs-

externe“ Ursachen gehabt. Nennenswerte Zwischenfälle auf Grund des Stromausfalls wurden nicht bekannt.

## Schnee im Frühling

Hagel an der Küste und Schnee in den Bergen haben am Montag die Bewohner der Provinz Chubut überrascht. In der Gegend von Trelew betrug die „sensación termica“, die subjektiv empfundene Temperatur, sieben Grad unter Null.

## Pressefreiheit

Aus Verärgerung über die von der TV-Sendung „Telenoche Investiga“ ausgestrahlten Anschuldigungen über vermeintliche Korruption in der Provinz San Luis hat am Montag ein Berater des Gouverneurs Adolfo Rodríguez Saá zwei Journalisten bedroht. Der Beamte, Eduardo Endeiza, kündigte dem Korrespondenten des „Clarín“, Oscar Flores, und dem Reporter von Radio Universidad, Mario Otero, vor Zeugen „Verfolgung“ an.

## Rüffel für Alfonsín

Der bonaerenser Vizegouverneur Felipe Solá hat Ex-Präsident Raúl Alfonsín kritisiert. Alfonsín „musste schlauer sein und merken, welches Aufsehen seine Worte erregen“, wies Solá Alfonsíns Vorschlag, die Rückzahlung der argentinischen Außenschuld zwei Jahre auszusetzen, scharf zurück.

# TABELLE

## Fußball WM-Qualifikation Südamerika

**Zehnter Spieltag:** Chile - Argentinien 0:2; Brasilien - Kolumbien 1:0; Bolivien - Uruguay 0:0; Venezuela - Ecuador 1:2; Paraguay - Peru 5:1.

**Tabelle:** 1. Argentinien 22:8 Tore, 25 Punkte; 2. Brasilien 21:9, 20; 3. Paraguay 18:9, 20; 4. Ecuador 12:14, 16; 5. Uruguay 12:7, 15; 6. Kolumbien 8:7, 15; 7. Chile 11:13, 10; 8. Bolivien 5:14, 9; 9. Peru 7:13, 8; 10. Venezuela 6:28, 3.

**Freundschaftsspiele:** Tunesien - Schweiz 1:1; Portugal - Israel 2:1.

## Torneo Apertura

**14. Spieltag:** Vélez - Gimnasia LP 3:1; Talleres - Chacarita 2:1; Los Andes - San Lorenzo 0:1; Estudiantes LP - Almagro 3:2; Colón - Huracán 2:2; Rosario Central - Argentinos Jrs. 1:0; Restliche Spiele wegen Regens abgesagt bzw. abgebrochen.

**Tabellenspitze:** 1. Boca 32 Punkte; 2. Talleres 30; 3. Gimnasia LP 28 (alle 14 Spiele).

# „Albiceleste“ fast durch

## Nach 2:0 gegen Chile fehlen noch sechs Punkte zur WM-Qualifikation

Dank eines glänzend aufgelegten Ariel Ortega hat Argentiniens Fußballnationalmannschaft die Fahrkarte zur WM 2002 in Japan und Südkorea fast sicher in der Tasche. Beim 2:0 (1:0)-Auswärtssieg der „Albiceleste“ am vergangenen Mittwoch in Santiago gegen Chile erzielte der River-Spielmacher nach einem schönen Alleingang das 1:0 (27.) selbst und bereitete das 2:0 durch Claudio Husaín eine Minute vor Schluss mit einem mustergültigen Pass vor.

Nach zehn Spieltagen führt die Mannschaft von Trainer Marcelo Bielsa damit bei 25 Punkten weiterhin souverän die Tabelle des südamerikanischen Qualifikationsturniers vor Brasilien (20) an, das in Sao Paulo in letzter Sekunde durch ein Tor von Roque Junior 1:0 gegen Kolumbien gewann und dank der besseren Tordifferenz den zweiten Platz vor Paraguay (5:1 gegen Peru) verteidigte. Auf dem vierten Rang, der zur direkten Teilnahme an der kommenden Weltmeisterschaft berechtigt, liegt nach dem 2:1 in Venezuela ganz überraschend Ecuador (16). Der „Albiceleste“ reichen damit aus den noch verbleibenden acht Spielen schon sechs Punkte zur sicheren WM-Qualifikation.



Ortegass Torjubel.

gegen die (schwachen) Chilenen durch mannschaftliche Geschlossenheit, überlegene Physis und Technik sowie fast blindes Systemverständnis wett gemacht. Bester Spieler auf dem Platz war der in Europas Vereinsfußball gescheiterte Ortega, der eine seiner besten Leistungen im argentinischen Dress zeigte. Beim 1:0 trat „Burrito“ ganz in Maradonamier 45 Meter vor dem Tor an, umspielte fünf Chilenen, behielt auch vor Torhüter Nelson Tapia die Nerven und schoss aus elf Metern überlegt ein.

on. Nächster Gegner ist am 27. März in Buenos Aires der Tabellenletzte Venezuela.

Trotz der Ausfälle von Gabriel Batistuta (Erkältung), Roberto Sensini, Hernán Crespo (beide verletzt), Rekord-Nationalspieler Diego Simeone (gesperrt) sowie dem erst in der zweiten Hälfte eingewechselten Stammtorhüter Roberto Bonano knüpfte der zweimalige Weltmeister fast nahtlos an die bislang gezeigten Leistungen in der Qualifikation an: mangelnder spielerischer Glanz wurde auch

## AUSFLÜGE UND REISEN

### Corrientes - Land zwischen zwei Strömen

Die Anden, die Pampa, die endlose Atlantikküste - ja, das ist wohl Argentinien. Aber da gibt es noch das Zwischenstromland mit seiner Hügellandschaft und seinen Sümpfen und dem Urwald.

Besonders Corrientes hat eine Vielzahl von Attraktionen zu bieten, die dem Reisenden oft weitgehend verborgen bleiben. Kürzlich weilten Vertreter dieser Provinz in Buenos Aires, um von diesem - neben anderen Sehenswürdigkeiten - wahren Paradies für Sportfischer zu berichten.

Entlang des Paraná liegen einige weltbekannte Angelplätze. Bella Vista, das seinen Namen voll und ganz verdient, nennt sich zu Recht die Hauptstadt des Pacú, ein nicht sehr grosser Flussbewohner mit einem ausserordentlich wohlschmeckenden Fleisch. Nicht weniger beliebt ist der Surubí, bei Ita Ibaté beheimatet. Doch der König der Flussfische ist zweifellos der Dorado, vor allem zwischen Paso de la Patria und Isla del Cerrito anzutreffen.

Weitere beliebte Angelplätze sind Esquina, Ituzaingó und Goya. Hier gibt es allenthalben ausgezeichnete Unterkunftsmöglichkeiten, da das ganze Jahr über Sportfischer aus Argentinien, den Nachbarländern und dem Ausland kommen.

Auf der gegenüberliegenden Seite, am Rio Uruguay, liegen gleichfalls besuchenswerte Ortschaften, wobei die historischen Jesuitenreduktionen La Cruz und Yapeyú erwähnenswert sind. Daneben bietet Corrientes noch die einmaligen Iberá-Sümpfe, die Naturdolmen von Ita Pucú und das bis heute original erhaltene Kolonialdörfchen Santa Ana, worüber demnächst im Detail berichtet werden soll. Aber auch das Riesenkraftwerk Yacyretá ist mehr als sehenswert. Auskünfte erteilt die Casa de Corrientes in Buenos Aires, San Martín 333, 4. Stock, Tel.: 4394-7432.

#### Tren a las Nubes

Der Tren a las Nubes ist nach wie vor eines der beliebtesten Ausflugsziele in Argentinien, vor allem bei Ausländern. Letzthin hat sich die Zusammensetzung der Gesellschafter verändert, und das Unternehmen heisst nun nicht mehr Movitren, sondern Trenes



Die Steilküste bei Bella Vista, Corrientes.

y Turismo. Der Aussichtszug kehrt weiterhin samstags, das Billet (ohne Speisewagencoupon) kostet 105 Pesos. An Feiertagen und in den Ferien werden Sonderzüge eingesetzt. Wie auch in den vergangenen Jahren soll der Betrieb wegen der konstanten Nachfrage auch diesen Sommer über aufrecht erhalten werden, obwohl es wegen der Regenfälle manchmal zu unvorhersehbaren Unterbrechungen an der Strecke kommen kann.

Neben dem Zug betreibt die Gesellschaft jetzt auch drei schöne Unterkünfte: die Hosteria de las Nubes in San Antonio de los Cobres (das Doppelzimmer zu 35 Pesos), die Hosteria in Cafayate sowie diejenige in Cachi, beide ursprünglich dem ACA gehörend. Als Variante ist es nunmehr möglich, mit dem Movitrack-Aussichtsbus von Frank und Heike Neumann sonntags hinauf zu fahren und mit dem Zug hinunter, oder umgekehrt. So kommt man zum selben Preis in den Genuss eines doppelten Vergnügens.

Trenes y Turismo betreibt für Reservierungen und Auskünfte in Buenos Aires ein Büro in der Esmeralda 1008, Tel.: 4311-2019.

Marlú

**INVIERTA EN DIAMANTES**









**NUEVA LINEA DE  
HELADERAS Y FREEZERS**

Fabrica y distribuye AUTOSAL S.A. Echeverría 930 (1602) - Florida - Pcia de Buenos Aires - Argentina.  
Tel.: 4730-0011 - Fax: 4730-0800. Con licencia de LIEBHERR-HAUSGERÄTE GMBH Alemania.

KOH-I-NOOR, la marca del diamante, presenta su Nueva Línea KOH-I-NOOR PREMIUM. Una completa gama de modelos de Heladeras, Heladeras con Freezers y Freezers. Frentes curvos, acabados blancos, blancos. Y toda la nobleza y confiabilidad de la tecnología alemana.



**(011) 4730-0011**  
CENTRO  
**KOH-I-NOOR**  
DE INFORMACION  
Y ASESORAMIENTO  
AL USUARIO.

## ARGENTINISCHE WIRTSCHAFT

**Die durchschnittliche Jahreszinsätze der wichtigsten Banken für Fristeinlagen auf 30 Tage lagen in der Berichtswoche für Pesos zwischen 5,65% und 7% und für Dollar zwischen 4,75% und 5,5%**

\*\*\*

**Der Mervalindex stieg in der Berichtswoche zum Donnerstag um 0,7% auf 432,30, der Brucapindex um 0,5% auf 767,57 und der Börsenindex fiel um 1,1% auf 16.786,85.**

\*\*\*

**Der durchschnittliche Rindfleischpreis (kg Lebendgewicht in Liners) fiel in der Berichtswoche um 5,4% auf \$ 0,7820.**

\*\*\*

**Die Gold-, Devisen- und Anlagenreserven der ZB betrugen am 13.11. \$ 23,52 Mrd., der Banknoten- und Guthabenumlauf \$ 13,81 Mrd. Vor einer Woche waren es \$ 24,25 Mrd. bzw. \$ 13,96 Mrd., vor einem Monat \$ 25,10 Mrd. bzw. \$ 14,01 Mrd. und vor einem Jahr \$ 23,69 Mrd. bzw. 14,58 Mrd.**

\*\*\*

**Der Einzelhandelsverband CAME hat sich gegen die Privatisierung von Kontrolltätigkeiten für das Steueramt ausgesprochen. 7 von 10 Selbstständigen befanden sich mit der Einheitssteuer und den Sozialabgaben in Verzug. Die Privatisierung würde bedeuten, dass Millionen von ihnen Beschlagnahmen ausgesetzt und gerichtlich belangt würden. Wenn sie nicht zahlen, behauptet CAME, sei es nicht, weil sie hinterziehen, sondern weil sie keine Mittel haben.**

\*\*\*

**Präsident Fernando de la Rúa hat einen Abzug von \$ 4.000 bei der Besteuerungsgrundlage für die Einkommensteuer für diejenigen angekündigt, die Hypothekenkredite aufnehmen. Dadurch zahlt jemand, der ein Monatseinkommen von \$ 2.000 hat, nur \$ 36 Jahressteuer statt \$ 396, bei \$ 5.000 im Jahr \$ 6.858 statt \$ 7.788.**

\*\*\*

**Durch Gesetz 25.332 (Amtsblatt vom 14.11.00) wurde das Zusatzprotokoll zum Doppelbesteuerungsabkommen mit Deutschland genehmigt, das am 13.7.78 unterzeichnet wurde. Das Zusatzprotokoll wurde am 16.9.96 unterzeichnet. Es bestimmt, dass die Steuer für in Deutschland bezogene Einkommen argentinischer Steuerpflichtiger, die von Deutschland einbehalten wird, bei der argentinischen Steuererklärung abzugsfähig ist, bis zu dem Betrag, den die lokale Steuer ausmacht. Das gleiche Prinzip wird bei der Steuer auf persönliche Vermögen angewendet.**

\*\*\*

**Durch Dekret 1.040 (Amtsblatt vom 14.11.00) wurde Paragraph 2 des Dekretes 691/00 dahingehend geändert, dass bei folgenden Anstalten oder Unternehmen Lohn- und Gehaltsabzüge gestattet sind: Anstalten für gegenseitige Hilfeleistungen (Mutuales), Genossenschaften, Sozialwerke, Banken und Finanzanstalten,**

die bei der ZB eingetragen sind und Gewerkschaften.

\*\*\*

**Durch Dekret 1.038 (Amtsblatt vom 14.11.00) wurde das Gesetz 25.248 über Leasingverträge dahingehend reglementiert, dass diejenigen Verträge, bei denen Finanzanstalten u. dgl. mitwirken, in Bezug auf die Gewinnsteuer wie Kredite behandelt werden, wenn die Vertragsdauer 50% der normalen Abschreibungsfrist bei beweglichen Gütern, 20% bei Immobilien, die nicht als Eigenwohnung dienen und 10% bei Eigenwohnungen, nicht übersteigt. Das Dekret bestimmt auch die steuerliche Behandlung des Leasing in den verschiedenen Einzelfällen.**

\*\*\*

**Durch Dekret 1.037 (Amtsblatt vom 14.11.00) wurde die Reglementierung des Gewinnsteuergesetzes (Text von 1997 und Änderungen durch Dekret 1344/98) in Bezug auf die Bestimmung der sogenannten Transferenzpreise geändert und dem Gesetz 25.239 angepasst. Das Dekret enthält eine lange Liste von Staaten mit niedriger oder keiner Gewinnsteuer (Barbados, Bermuda, Angola, Panama, Mauritius usw.) bei denen bei Geschäften einer Firma mit einem verknüpften lokalen Unternehmen die Importpreise revidiert werden können. In diesen Fällen kann es Überfakturierungen geben, um die Zahlung der Gewinnsteuer von Argentinien in das andere Land zu übertragen.**

\*\*\*

**Fiat verlagert die Fertigung seiner Pkw-Modelle Palio und Uno nach Brasilien. In Córdoba soll nur mehr der Siena vom Band laufen. Die Gesamtproduktion von rd. 35.000 Pkw/Jahr soll aufrechterhalten und die überschüssigen Siena nach Brasilien geliefert werden, um kostengünstiger zu arbeiten. Personalabbau werde vorerst nicht erwogen.**

\*\*\*

**Die Änderung der Eisenbahnkonzessionsverträge, mit bedeutenden Neuinvestitionen (in den nächsten 10 Jahren US\$ 1,3 Mrd. in die Mitre- und Sarmientostrecken und US\$ 330 Mio. bei Belgrano Norte), bringen dort spätestens ab Januar Fahrpreiserhöhungen von 4-28,5% mit sich. Das sind 5-10 Centavos pro Fahrkarte. Die Prozentsätze sind bei der Mitrestrecke von Retiro bis Vicente López 25%, San Isidro 16,6%, Tigre 11,7% und J.L. Suárez 13,3%. Bei der Sarmientostrecke ab Once bis Liniers 25%, Morón 16,6%, Castelar 13,3% und Moreno 19,5%. Bei der Belgrano Norte Strecke von Retiro bis A. del Valle 28,5%, V. Adelina 20%, Don Torcuato 14,2%, Grand Bourg 5,5%, del Viso 4,7% und Villa Rosa 4%. In der Fahrpreiserhöhung ist zum Teil die Zahlung der Schulden inbegriffen, die die Regierung an den Konzessionär durch Nichterfüllung vertraglicher Verpflichtungen angesammelt hat, während sie lange über die Konzessi-**

## Steuerverringerung verabschiedet

Der Senat hat das von der Regierung eingebrachte Steuersenkungs-Gesetz verabschiedet. Es soll Investitionen anspornen und gestattet den Lkw-Transportunternehmen, Steuern, die sie für flüssige Kraftstoffe und Pressgas bezahlen, von ihrer Gewinnsteuer abzusetzen. Die wichtigsten Punkte des Gesetzes, das ohne Änderung der vom Abgeordnetenhaus angenommenen Fassung verabschiedet wurde, sind:

- Befreiung von der Steuer auf persönliche Vermögen für Aktien, die an der Börse notieren, bis zu einer Höchstgrenze von \$ 100.000 pro Steuerpflichtigen, vorausgesetzt, dass sie ein Jahr lang den Besitzer nicht gewechselt haben.

- Die Steuer auf Zinsen und Unternehmensverschuldungen wird ab 1.1.01 um 5 Prozentpunkte verringert und ab 1.7.01 um weitere 2%. Die Verringerung gilt für das Datum der angepassten Steuerzahlung, nicht das der Verschuldung.

- Die Frist, innerhalb derer Unternehmen die Steuerzahlungen auf den angenommenen Mindestgewinn (GMP) mit der Gewinnsteuer verrechnen können, wird auf 10 Jahre verlängert.

- Unternehmen mit Bankschulden bis \$ 500.000 können für die ersten \$ 100.000 dieser Schuld fünf zusätzliche Prozentpunkte als Akontozahlung für die Steuer auf Gewinne bzw. mutmassliche Gewinne (GMP) buchen.

- Die MwSt.-Stundungen für den Kauf, Bau, Produktion, Herstellung oder endgültige Einfuhr von Kapitalgütern, die durch 12 Monate nicht mit anderen Steuern verrechnet wurden, werden vom Amt für Öffentliche Einnahmen (AFIP) rückerstattet.

- Jene Gutschriften bei den Kraftstoffsteuern für den Lkw-Transport, die nicht mit der Gewinnsteuer verrechnet werden konnten, dürfen als Akontozahlung für die Steuer auf mutmassliche Gewinne gebucht werden. Voraussetzung ist, dass die Steuergrundlage unter \$ 500.000 liegt.

onsänderung verhandelte.

\*\*\*

**Das Bausekretariat hat mit der Firma Caminos del Uruguay, Konzessionärin der Mautstrasse Nr. 18, ein provisorisches Abkommen unterzeichnet, um die Mesopotámica Autobahn zwischen Ceibas und Gualaguaychú zu erweitern, die Kreuzung der Strassen Nr. 130 und 14 mit der Zufahrt nach Villa Elisa neu zu gestalten und die Einfahrt in Concordia Stadt zu lösen. Das Abkommen ergänzt die während der Menemregierung ausgehandelte Konzessionsverlängerung bis 2018, mit der alle Staatsschulden an die Firma beglichen wurden und die Verdoppelung der Autobahn- Fahrbahnen bis Gualaguaychú vorgesehen wurde. Die Mautstelle werde von Teruá nahe Paso de los Libres verlegt. Damit zahlt ein bedeutendes Arbeitsgebiet der Provinz Entre Ríos keine Maut mehr, wogegen die Lkw, die die Autobahn belasten und gebührenfrei in die Strasse Nr. 127 abzweigen, zahlen müssen.**

\*\*\*

**Die Wirtschaftsführung hat bei den Banken Galicia, BBVA Francés, Río und HSBC gegen einen Wechsel zum 30.11.02 US\$ 300 Mio. und einen weiteren zum 31.12.02 US\$ 325 Mio. aufgenommen. Die ursprünglich vorgesehenen insgesamt US\$ 500 Mio. wurden überzeichnet. Der variable Zinssatz legt zwischen dem ZB-Satz für Dollardepósitos auf 30 bis 59 Tage und bis zu 580 Basispunkten über diesem Satz.**

\*\*\*

**Zu Monatsende können die argentinischen Frischfleischlieferungen nach Nordamerika, die wegen des Schmuggels von Maul- und Klauenseuche befallener paraguayischer Rinder unterbrochen wurden,**

wieder aufgenommen werden. Die 3monatige Unterbrechung der Lieferungen nach USA und Kanada, die ein Drittel der argentinischen Frischfleischausfuhren abnehmen, hat den Schlachthöfen US\$ 60 Mio. Verlust verursacht.

\*\*\*

**Durch Dekret 1.060/00 (Amtsblatt vom 15.11.00) wurde bestimmt, dass die Verträge zwischen den Unternehmen, die Benzin u.a. Erdölprodukte vertreiben, und den Tankstellen nur 8 Jahre im Fall neuer Tankstellen und 5 Jahre bei Vertragserneuerungen betragen dürfen. Die Erdölunternehmen (YPF, Shell, Esso u.a.) dürfen nur 40% der Tankstellen direkt betreiben. In der Praxis sind es meist weniger. In der Begründung des Dekretes heisst es, dass die langen Vertragsfristen die Konkurrenz beeinträchtigen. In Wirklichkeit liegt der Fall indessen so, dass die Tankstellen eine prozentuelle Marge haben, die von ihren Lieferanten festgesetzt wird, wobei die Konkurrenz zwischen diesen besteht.**

\*\*\*

**Der Chef der Bell South International, Gary Forsee, und der Chef von Movicom Bell South (in Argentinien), Mauricio Wior, bestätigten bei einer Audienz bei Präsident De la Rúa, dass die lokale Unternehmen bis Ende 01 US\$ 1 Mrd. in Argentinien investieren werde.**

\*\*\*

**Im Oktober lagen die provinziellen Steuereinnahmen von Córdoba um 9,85% unter jenen des gleichen Vorjahresmonates. Dennoch lagen die Einnahmen der ersten 10 Monate im Vorjahresvergleich um 2,96% höher. Der Rückgang wird darauf zurückgeführt, dass im Oktober keine Immobiliensteuer fällig war.**

\*\*\*

**Laut Bericht des Wirtschaftsministeriums ist die Industrieproduktion im Oktober saisonbereinigt im Vorjahresvergleich um 3,3% und im Vormonatsvergleich um 1,2% zurückgegangen.** Ohne Saisonbereinigung war sie im Vorjahresvergleich um 1,9% geringer und im Vormonatsvergleich um 0,7% grösser. Der Vorjahresvergleich der ersten 10 Monate ergab eine Zunahme von 0,8%.

\*\*\*

**Schatzsekretär Marx gab bekannt, dass der Staat sein 19,5%iges Restpaket am Wasserkraftwerk Alicurá vor Jahresende der AES verkaufen wird.** Alicurá ist mit Passiven von \$ 232 Mio. praktisch pleite. AES, die ihre Stellung bei der Energiegewinnung ausbauen will, hat für das Aktienpaket US\$ 2,4 Mio. geboten, die Wirtschaftsführung erwäge jedoch, durch ein Börsenangebot mehr zu erzielen.

\*\*\*

**Siderar, das Stahlunternehmen der Techintgruppe, das Mitte 1992 durch die Privatisierung der ehemaligen Somisa entstanden ist, hat seither insgesamt US\$ 800 Mio. investiert.** Letzte Woche wurde die Erweiterung und Modernisierung der Blechanlage für US\$ 45 Mio. in Betrieb genommen.

\*\*\*

**Zolldirektor Casullo erklärte, er habe eine Reihe von Programmen in Angriff genommen, die zusätzliche Fiskaleinnahmen von \$ 200 bis 250 Mio. jährlich ergeben werden.** Es seien die Übergabe der Zahlung der Rückvergütungen und Garantien an Banken, den Einsatz von grossen Scannern durch Privatfirmen, um die verschlossenen Container einer ersten Kontrolle zu unterziehen und die Durchführung gemeinsamer Kontrollaktionen mit dem Steueramt. Er erklärte ebenfalls, dass die private, preembarque benannte Zollkontrolle, sukzessive abgeschafft wird. Am 1. Oktober sei das System in Kraft getreten, durch das die Bewegung der Container (vom

Zollamt in private Depots oder in Freihandelszonen) kontrolliert wird, so dass sie nicht mehr verloren gehen. Die Container werden mit neuen Sicherheitsbändern versehen, die nicht entfernt und wieder angebracht werden können.

\*\*\*

**Diana Mondino, lokale Direktorin von Standas & Poor's, erklärte, dass die niedrigere Benotung Argentinien direkt mit der Ankündigung eines höheren Defizits auf längere Zeit zusammenhänge.**

\*\*\*

**Die Regierung von Buenos Aires Stadt hat ihren Haushaltsplan 2001 vorgelegt.** Die Stadt erwirtschaftet beinahe alle ihre Mittel selbst, trägt 25% des National-BIPs bei und ist an den Nationalsteuern nur mit \$ 157 Mio. beteiligt. Die Einnahmen der Stadt wurden mit \$ 3,3 Mrd. veranschlagt, die Ausgaben mit \$ 2,94 Mrd. und der Überschuss mit \$ 358,3 Mio., zu denen \$ 1 Mio. aus eigenen Kapitalmitteln kommt. \$ 356 Mio. seien für Direktinvestitionen vorgesehen, davon \$46 Mio. zur Instandhaltung des Strassennetzes und \$ 60 Mio. für den Bau bzw. Erweiterungen von U-Bahnen. 87,8% der Stadttausgaben werden aus der Bruttoeinkommensteuer bestritten, die 65% der Einnahmen bedeutet. 16,7% ergibt die Immobiliensteuer und 8,1% die Kfz-Zulassungssteuer, wie Schatzsekretär Pesce bekanntgab.

\*\*\*

**Die Wirtschaftsführung hat für US\$ 100 Mio. auf 21 Monate 13,91% Jahreszinsen bezahlt, um 1,7% mehr als am 17. Oktober.** Trotz gesunkenem Länderrisiko liegt dieser Satz noch 800 Basispunkte über entsprechenden T-Bonds.

\*\*\*

**Das Steueramt hat den Mindestbetrag für Moratoriumsraten mittels Beschluss 923 von \$ 1.000 auf \$ 500 herabgesetzt.** Bei Sonderzahlungsplänen für Selbstständige wurde die Mindestrate von \$ 200 auf \$ 100 gesenkt, bei Sonderplänen für grosse Schuldner von \$ 3.000 auf \$ 1.500. Der

## US\$ 1 Mrd. Aussenhandelsüberschuss erwartet

Der argentinische Aussenhandel warf im September US\$ 62 Mio. Überschuss ab. Gegenüber dem gleichen Vorjahresmonat legten die Gesamtausfuhren um 13% zu, die Ausfuhren in den Mercosur 20%.

Allgemein werden ab September geringere Exporte erwartet, weil die Ausfuhren unverarbeiteter und verarbeiteter Ölsaaten saisonbedingt zurückgehen. Dennoch hat die Wirtschaftsführung den für dieses Jahr erwarteten Aussenhandelsüberschuss auf US\$ 1 Mrd. nach oben korrigiert. Bis einschliesslich September beträgt er US\$ 1,04 Mrd. Mit diesem günstigen Ergebnis würde das Kontokorrentdefizit Argentinien von 4,4% des BIP im Jahr 1999 auf 3,3% desselben in diesem Jahr zurückgehen.

Mit Ausfuhren für US\$ 2,15 Mrd. im September, betragen die Lieferungen Argentinien ins Ausland in den ersten 9 Monaten US\$ 19,73 Mrd., was ebenfalls um 13% mehr als im gleichen Vorjahreszeitraum ist. Von diesen 13% können 10% auf Preis- und 3% auf Mengenzunahmen zurückgeführt werden.

Die Gesamteinfuhren betragen im September US\$ 2,09 Mrd., um 6% weniger als im September 1999. Auch die Einfuhren der ersten 9 Monate 2000 lagen um 6% unter jenen des gleichen Vorjahres-Vergleichszeitraumes. Von diesem Prozentsatz ist 1% auf niedrigere Preise und 5% auf geringere Mengen zurückzuführen.

Industrieerzeugnisse waren der Hauptmotor der Septemberausfuhren, da sie gegenüber dem gleichen Vorjahresmonat wertmässig um 32,5% und mengenmässig um 79,6% zunahmen. Der Vorjahresvergleich der ersten 9 Monate ergibt eine Zunahme von 15% um US\$ 755 Mio.

Bei den Einfuhren gingen Kapitalgüter und Kfz am meisten, um 14% bzw. 15%, zurück. Ersatz- und Zubehörteile für Kapitalgüter legten hingegen 7% zu.

Im Vorjahresvergleich der ersten 9 Monate nahmen die Ausfuhren in den Mercosur um 20% auf US\$ 19,73 Mrd. zu, die Einfuhren aus diesem Wirtschaftsraum um 16% auf US\$ 18,69 Mrd. Das ergibt einen Überschuss von US\$ 864 Mio. gegenüber US\$ 561 Mio. im Vergleichszeitraum des Vorjahres.

Durch die Erhöhung der Erdöl- und -gaspreise stiegen die argentinischen Ausfuhren nach Chile im Vorjahresvergleich der ersten 9 Monate um 49% auf US\$ 1,93 Mrd., während die Einfuhren von dort um 5% auf US\$ 441 Mio. zurückgingen. Der Aussenhandelsüberschuss mit Chile betrug somit US\$ 1,49 Mrd. gegen US\$ 833 Mio. im Vorjahr.

Die Lieferungen in das NAFTA-Gebiet stiegen um 25% auf US\$ 2,76 Mrd., die Einfuhren von dort blieben mit US\$ 4,2 Mrd. praktisch gleich, wodurch sich das Defizit von US\$ 1,98 Mrd. auf US\$ 1,44 Mrd. verbesserte. Auch das Defizit mit der EU ging von US\$ 1,7 Mrd. im Vorjahreszeitraum auf US\$ 865 Mio. stark zurück, da die Einfuhren aus der EU um 18% auf US\$ 4,37 Mrd. zurückgingen, die Ausfuhren dorthin um 4% auf US\$ 3,5 Mrd.

Plan, der Zahlungen durch automatische Kontobelastungen mit Fälligkeit am 22. jeden Monats voraussetzt, heisst Sistema Jerónimo version 5.0 und steht in der Website [www.afip.gov.ar](http://www.afip.gov.ar) zur Verfügung.

\*\*\*

**Die Molkereigrossunternehmen SanCor und Milkaut haben für den Zusammenschluss ihrer Vertriebssysteme für das In- und Ausland die Firma SanCor Milkaut SA geschaffen.** Die restlichen Tätigkeiten der beiden Unternehmen bleiben getrennt. Die Vertriebsgesellschaft soll in wenigen Monaten funktionstüchtig sein. Gemeinsam haben die beiden Betriebe 1999 US\$ 1,05 Mrd. umgesetzt.

\*\*\*

**Vom 27.10 zum 10.11. sind die Gesamteinlagen im argentinischen Finanzsystem um über \$1,02 Mrd., 1,2% der Gesamtdespositen, zurückgegangen.** Dabei legten die Einlagen in US-Dollar 316 Mio. zu, die in Pesos gingen um 1,34 Mrd. zurück.

\*\*\*

**Im Amtsblatt vom 17.11.00 wurde das Gesetz 25.345 veröffentlicht, das u.a. bestimmt, dass Zahlungen von über \$ 10.000 nicht in bar durchgeführt werden dürfen.** Ausserdem bestimmt das Gesetz die Einführung von elektronischen Waagen in Schlachthäusern. In 53 Paragraphen bezieht es sich auf zahlreiche andere Punkte, die wir in dieser Stelle schon veröffentlicht haben. Die Regierung hat gegen bestimmte Paragraphen ihr Veto eingelegt; so wird die Bestimmung gestrichen, dass der Zahlungsscheck (cheque cancelatorio) unentgeltlich ist. In diesem Fall hätte die ZB, also der Staat, für die Kosten aufkommen müssen. Auch wurden andere sekundäre Bestimmungen gestrichen.

\*\*\*

**Im Oktober hat die Rohstahlproduktion alle bisherigen Rekorde gebrochen. Mit 413.100 t lag sie um 1,3% über dem Vormonat und um 14,4% über dem gleichen Vorjahresmonat.** Wie der Hüttenverband berichtet, war auch die Roheisenerzeugung mit 321.000 t (Vormonat +3,6%) und die nicht flacher Warmwalzpro-

### Argentinischer Aussenhandel

	Ausfuhren		Einfuhren		Saldo	
<b>1999</b>						
Juni	2.130	(2.625)	2.212	(2.823)	-82	(-198)
Juli	1.946	(2.362)	2.278	(3.027)	-332	(-665)
August	2.101	(2.367)	2.331	(2.741)	-230	(-374)
September	1.897	(2.298)	2.234	(2.661)	-337	(-363)
Oktober	1.908	(2.015)	2.213	(2.591)	-305	(-576)
November	1.966	(1.892)	2.290	(2.457)	-324	(-565)
Dezember	2.055	(1.931)	2.305	(2.178)	-250	(-274)
<b>Total '99</b>	<b>23.333</b>	<b>(26.441)</b>	<b>25.508</b>	<b>(31.404)</b>	<b>-2.175</b>	<b>(-4.968)</b>
<b>2000</b>						
Januar	1.761	(1.543)	1.811	(1.906)	-50	(-363)
Februar	1.781	(1.523)	1.908	(1.856)	-127	(-333)
März	2.168	(1.999)	2.126	(2.078)	42	(-79)
April	2.338	(2.038)	1.902	(1.873)	436	(165)
Mai	2.523	(2.227)	2.166	(1.931)	357	(296)
Juni	2.409	(2.310)	2.173	(2.212)	236	(-82)
Juli	2.375	(1.946)	2.202	(2.278)	173	(-332)
August	2.219	(2.101)	2.307	(2.331)	-88	(-230)
September	2.152	(1.897)	2.090	(2.234)	62	(-337)
<b>9 Mon. '00</b>	<b>19.729</b>	<b>(17.404)</b>	<b>18.690</b>	<b>(18.700)</b>	<b>1.039</b>	<b>(1.296)</b>

Quelle: Indec, vorläufige Angaben in Mio. US\$. (...) = Vorjahr

dukte mit 175.000 (+7,7%) bedeutend. Durch die Wartungsstilllegung der Warmwalzanlagen in Ensenada ging der Ausstoss von Kaltwalzprodukten um 12,2% auf 95.300 t zurück, da ihr Ausgangsprodukt flache Warmwalzprodukte sind, die ebenfalls um 9,5% geringer waren. Im Vorjahresvergleich habe die Erzeugung von Roheisen um 12%, und von nichtflachen Warmwalzprodukten um 13,9% zugenommen. Der Vergleich der Zeiträume November '98/Okttober '99 mit November '99/Okttober 00 ergibt für Roheisen +30,7%, Rostahl +26,6% (ebenfalls Rekord), Warmwalzprodukte +21% und Kaltwalzprodukte +4,5%.

\*\*\*

**Víctor Machinea, Vetter des Wirtschaftsministers, übernimmt die Präsidentschaft des Amtes für Tier- und Lebensmittelsanität Senasa.** Sein Vorgänger Bruni war nach einem Krankenurlaub auf Gesundheitsgründen zurückgetreten.

\*\*\*

**Die Wirtschaftsführung wird in der kommenden Woche Bontes-Schatzscheine 03 und 05 für US\$ 550 Mio. auflegen.** Der Finanzierungsplan sieht die monatliche Auflage von US\$ 300 bis 500 Mio. in diesen Staatspapieren vor.

\*\*\*

**Durch Forstvorhaben will die Wirtschaftsführung in den nächsten**

**5 Jahren mit Investitionen von US\$ 4 Mrd. etwa 100.000 neue Arbeitsplätze schaffen.** Dazu soll die MwSt.-Rückerstattungen und die Subventionen für Aufforstungen sowie die Förderungsgesetze beschleunigt werden.

\*\*\*

**Industriesekretär Tizado fordert von den Kfz-Fabriken, dass bei der 30%igen eingliederung heimischer Zulieferteile Teil für Teil bewertet wird, damit in Argentinien Arbeits- und nicht Montageplätze geschaffen werden.** Die Kfz-fabriken erwidern, dass das ihre Kosten steigert und sie ineffizient und weniger exportfähig macht. Tizado sucht nun Steuersenkungen für Kfz mit dem entsprechenden Prozentsatz heimischer Teile.

\*\*\*

**Der neue Staatssekretär für kleine und mittelständische Unternehmen (Pymes), E. Martínez, hat ein Schutzzamt für diese Betriebe geschaffen.** Es soll Anzeigen der Unternehmen entgegennehmen, über von Banken geforderte Zinssätze, Dumping einführen oder behördlicher Nichterfüllungen der „Compypymes“-Bestimmung.

\*\*\*

**Standar & Poor's hat die Benotung der Firma Repsol YPF von stabil auf negativ gesenkt.** Grund sei die niedrigere Benotung der argentinischen

## Treuhandfonds für die Energieversorgung

Die Banco de la Nación Argentina und der Bundesrat für das Energiewesen (Consejo Federal de Energía) haben ein Abkommen über die Schaffung eines Treuhandfonds unterzeichnet, mit dem die Erweiterung des Stromverteilungsnetzes im Rahmen des Bundesplanes für den Transport von Elektroenergie finanziert werden soll.

In dem Treuhandfonds wird die Banco de la Nación durch 15 Jahre als Verwalterin von angenommen US\$ 50 Mio. im Jahr agieren, was einen Gesamtbetrag von US\$ 750 Mio. ergibt.

Der Treuhandfonds wird mit Tarifaufschlägen gebildet, die den Grosshandels-Stromkunden berechnet werden, das heisst den Stromverteilerfirmen und den Grossabnehmern, sowie aus Rückzahlungen von Darlehen und Zinsen. Der Tarifaufschlag soll 6 Tausendstel Pesos pro KWh betragen.

Die auszuschreibenden Stromleitungen sollen innerhalb von 18 bis 24 Monaten gelegt sein. Sie sollen der Stromverbindung der Gebiete Comahue und Cuyo dienen, Bergbauvorhaben über Sonderleitungen mit Strom versorgen, ein Verbundnetz für Patagonien schaffen, den argentinischen Nordosten mit dem Nordwesten verbinden und die Fertigstellung der 500 KV-Hochspannungsleitung für die Atlantikküste der Provinz Buenos Aires ermöglichen.

Energiesekretärin Giorgi gab bekannt, dass bereits 43 Lastenhefte erworben wurden und dass die ersten Leitungslegungen im 2. Quartal 01 beginnen könnten. Die Öffnung der Umschläge sei für den kommenden 30.11. vorgesehen.

Verschuldung und die immer aggressiveren Finanz- und Wirtschaftsstrategien des Unternehmens. Die Benotung

A-/A-2 des Repsol-YPF Kredites blieb aufrecht-erhalten.

\*\*\*

## WIRTSCHAFTSÜBERSICHT

### Massive Auslandshilfe

Die am vergangenen 10. Dezember von Präsident de la Rúa und dem Internationalen Währungsfonds nahezu gleichzeitig angekündigte Hilfe für Argentinien stellt den Ausgangspunkt für neue wirtschaftspolitische Akzente dar, die längst fällig waren. Die bereits in den Medien als Panzerung („blindaje“) umschriebene Hilfe soll den IWF, die Weltbank, die BID, das US-Schatzamt, die spanische Regierung sowie möglicherweise andere Finanzquellen umfassen. Als Grössenordnung wurden insgesamt US\$ 15 bis 20 Mrd. genannt, die sicherlich mit Abstand das grösste Hilfspaket für Argentinien in der an solchen Auslandsfinanzierungen allzureichen Geschichte des Landes seit dem Zweiten Weltkrieg ist. Die endgültigen Beträge werden demnächst mitgeteilt.

Neu ist die Tatsache, dass es sich um eine präventive Hilfe handelt, anders als die finanziellen Rettungsaktionen Mexikos 1995, Südkoreas und Indonesiens 1997, Russlands 1998 und Brasiliens 1999, die allesamt nach dem Zusammenbruch mit massiven Abwertungen und Banken- sowie Firmenpleiten gewährt wurden. Der

Zusammenbruch soll in Argentinien verhindert werden, wo keine Devisen- oder Bankenkrise besteht. Die Währung ist dank Konversionskasse mit etwa US\$ 24 Mrd. eigenen Devisenreserven in Ordnung und das Bankensystem mit Depositen von über \$ 88 Mrd. ebenfalls.

Argentinien leidet unter einer Vertrauenskrise, weil befürchtet wird, dass das Schatzamt im kommenden Jahr die Zahlungen an seine Gläubiger, insbesondere Inhaber von Bonds, einstellen könnte. Hier schaltet sich die präventive Finanzhilfe aus dem Ausland ein. Sie soll die Gläubiger beruhigen, weil das Schatzamt die Hilfe abziehen kann, sollten die Sparer und Investoren im Inland und Ausland nicht bereit sein, Schatzscheine, Schatzwechsel und Bonds zu angemessenen Zinssätzen und Fristen zu übernehmen. Der Satz von 16%, den das Schatzamt bei der letzten Umschuldung einjähriger Schatzscheine, genannt Letes, annehmen musste, weil sonst Renten, Gehälter und Bonds nicht fristgemäss bezahlt werden könnten, ist sicherlich untragbar.

Die Hilfe wird freilich an allerlei Bedingungen geknüpft. Einmal

hat der Fonds das Kommuniqué, in dem die Bereitschaft für die Hilfe mitgeteilt wurde, nur herausgegeben, nachdem der von Präsident de la Rúa abgelesene Text vorlag, etwa als Vorspiel des späteren Verständigungsmemorandums mit allen Einzelheiten sowie der Billigung durch das Fondsdirktorium. Eine Fondsmission wird demnächst hier erwartet, um den Text des Memorandums zu vereinbaren.

Zentrale Auflage für die Hilfe ist ein Fiskalpakt zwischen der Nationalregierung und den Gliedstaaten (Provinzen und Hauptstadt), in dem sich alle verpflichten, die Primärausgaben (ausgenommen Zinsen) bis 2005 einzufrieren. Das umfasst Gehälter, Renten, Anschaffungen, Subventionen, Sozialhilfen, Investitionen und dergleichen, die nicht anzuheben sind, ohne aber, wie es sich in einer Krisensituation gehört, gesenkt zu werden. Die Gliedstaaten hatten in den letzten drei Jahren zusammen mit dem Nationalstaat und den Gemeinden die Primärausgaben fühlbar um angenommene \$ 10 Mrd. erhöht. Das entspricht dem diesjährigen Defizit und war des Guten entschieden

zu viel, weshalb es im nächsten Jahrfünft aufhören soll.

Die dergestalt angesprochenen Gouverneure, zumal der 14 von Justizialisten regierten Provinzen sowie deren Senatoren und Deputierten, lehnten die Auflage nicht rundweg ab, stellten aber Bedingungen, die die Regierung als untragbar, weil nicht zu finanzieren, ablehnte. Die justizialistischen Gouverneure fordern, dass ihre Ausgaben für Erziehung, Gesundheit und Sicherheit (Lehrer, Sanitätspersonal und Polizisten) in den kommenden Jahren zunehmen werden, weshalb sie diese Ausgaben nicht einfrieren wollen. Sie müssten freilich dann andere Ausgaben sistieren, insbesondere ihre überflüssige Bürokratie.

Die Regierung hat sich bereit erklärt, die Sozialhilfen um \$ 225 Mio. für 2001 anzuheben, nicht aber für die folgenden vier Jahre, wie es die Gouverneure wollen. Deshalb beschränkt sich das Abkommen vorerst nur auf die von Allianz-Politikern regierten Gliedstaaten. Die Gouverneure und die Regierung müssen jetzt sehen, wie sie dieses „va banque“-Spiel mit dem argentinischen Auslandskredit bereinigen. Der Vorschlag soll

gesamthaft die Ausgaben der öffentlichen Hand nicht anheben, sondern nur Etatposten von der Nation auf die Gliedstaaten verlegen.

Als weiterer Punkt der Finanzvereinbarung soll das diesjährige Defizit von zuletzt \$ 5,3 Mrd. auf über \$ 6,0 Mrd. und das nächstjährige von \$ 4,1 Mrd. laut Haushaltsentwurf auf \$ 6,4 Mrd. angehoben werden. Das Solvenzgesetz von 1999 soll entsprechend geändert werden, damit das Nulldefizit anstatt 2003 erst im Jahr 2005 erreicht wird. Das sind denkbar gefährliche Signale an Sparer und Investoren, weil der Schuldenberg mindestens bis 2005 weiter wachsen wird. Als Antwort auf dieses Defizitsignal hat die Rating-Agentur Standard & Poor's langfristige argentinische Staatsbonds degradiert, nicht aber die kurzfristigen, die durch die Panzerung gedeckt werden.

Bei gleichen Primärausgaben und wachsenden Zinsspesen bei höherem Schuldenberg und zunehmenden Zinssätzen setzt diese beachtliche Vermehrung des Kassendefizits im Schatzamt geringere Steuereinnahmen voraus. Hierfür soll das Bruttoinlandsprodukt 2001 nicht, wie im Haushaltsentwurf angenommen, 4,5% nominal wachsen, sondern nur 3,5%, weil die Wirtschaft jetzt stagniert. Diese Annahme kann sich als falsch entpuppen, sollte es tatsächlich gelingen, dass die Zinssätze fallen und dadurch die Investitionen angespornt werden und die Konjunktur belebt wird. Ausserdem zeigt Argentinien bereits zwei Jahre kein Wachstum nach der letztjährigen Rezession, so dass der Aufschwung schnell einsetzt, kaum dass das Vertrauen wieder hergestellt wird. Mehrere Investitionen reifen inzwischen, tragen zum Export bei und vermehren die Inlandsnachfrage.

Diese Fehlberechnung des BIP geht einher mit dem Versprechen des Präsidenten, dass bei zunehmenden Steuereinnahmen die Steuersätze gesenkt werden. Diese Entscheidung ist entschieden falsch: höhere Steuereinkünfte müssen das Defizit senken, nicht die Steuersätze, die erst fallen können, nachdem das Defizit ausgemerzt ist. Letzteres Szenarium drückt die horrenden Inlandszinsen und wirkt sich viel belebender auf die Konjunktur aus als Steuersenkungen.

Ebenso falsch ist die Auflage, dass die Primärausgaben eingefroren werden. Sie müssten gesenkt werden, indem überflüssige Be-

amten abgebaut und Subventionen gestrichen werden, deren es mehrere Milliarden Pesos im Haushalt gibt. Das würde die richtigen Signale ausstrahlen, damit die Sparer bei der Kasse bleiben und die aufgeschobenen Investitionen entschieden werden, kaum dass die Zinssätze abnehmen.

Wirtschaftsminister Machinea entpuppt sich je länger desto deutlicher als „supply sider“, zu Deutsch Angebotswirtschaftler, wie einst sein Vorgänger Cavallo, indem er laufend Steuern senkt. Zur abschaffung der Lehrersteuer, genannt „incentivo docente“, Anfang 2000, gesellten sich später die Zollessenkungen für Maschinen auf 3%, dann die Anhebung der Exportsubventionen um 2%, die von den Steuereinnahmen abgezogen werden, neuerdings die verheissene Senkung der Spitzenzölle um je 3% im Jahr, ferner die niedrigsten Arbeitgeberbeiträge für neue Technologieinvestitionen, des Weiteren die Entlastung der Exportsteuer für bestimmte

## Eine tiefgreifende Reform des Pensionierungssystems

Präsident Fernando de la Rúa kündigte in seiner Rede vom Freitag der Vorwoche eine tiefgreifende Reform des Rentenwesens an. Ein bestehendes Gesetzesprojekt, das dem Parlament schon vorliegt, wird zurückgezogen und durch ein neues ersetzt, mit zusätzlichen Reformen, die alle nur für zukünftige Rentner gelten. Die Abschaffung der sogenannten Grundleistung (prestación básica universal, PBU), die alle Rentner beziehen, also auch diejenigen, die innerhalb des privaten Systems in Pension gehen, die \$ 200 beträgt, wird abgeschafft. Diese Ersparnis erlaubt, die Mindestrente auf \$ 300 anzuheben und auch denjenigen, die keinerlei Anrecht auf Pension haben, aber wegen ihres Alters pensionsberechtigt wären, eine Monatsrente von \$ 100 zu gewähren. Zum ersten Mal wird hier an die zahlreichen Schwarzarbeiter gedacht, die schliesslich Menschen sind, für die die Gesellschaft aufkommen muss. Deshalb sprach der Präsident von mehr Solidarität. Das bedeutet, dass die Pensionäre im allgemeinen weniger erhalten, aber dafür diese Bevölkerungsschicht, die bisher ihrem Schicksal und meistens der Unterstützung ihrer Familienangehörigen überlassen wurden, berücksichtigt wird. Mit \$ 100 por Monat kommen sie auch nicht weit; aber es ist zumindest etwas. Dies

Kontingente von Rohhäuten und zuletzt die Zinssteuer von 15%, die bis Mitte 2002 verschwinden soll. Weitere Steuersenkungen werden von einer Sonderkommission empfohlen werden, deren Einberufung der Präsident ebenfalls verhiess. Steuersenkungen sind solange sinnlos und kontraproduktiv, wie das Kassendefizit zunimmt, was wiederum die Zinssätze anhebt, während die zunehmende Verschuldung die Sparer verschuecht, weil sie die Zahlungseinstellung fürchten.

Der Rettungsplan mit finanzieller Panzerung steht und fällt mit dem Defizit der öffentlichen Hand, das glaubhaft abgebaut werden muss. Solange das nicht gelingt, weil die Politiker nicht bereit sind, Ausgaben zu senken und Steuern einzutreiben, werden die Zinssätze auf Grund der Länderrisikoprämie hoch bleiben, die Wirtschaft hemmen und den Arbeitslosen keine Stellen verschaffen.

kann allerdings für das System sehr teuer zu stehen kommen, da es sich um Millionen Menschen handelt. Ausserdem wird ab 1. Januar 2001 kein Pensionär, der über 80 Jahre alt ist, eine Rente unter \$ 200 beziehen; ein Jahr später wird diese Garantie auf Rentner von über 75 Jahren ausgedehnt.

Ausserdem schreitet die Reform zur Abschaffung des staatlichen Systems voran, so dass in Zukunft alle, die neu in den Arbeitsprozess eintreten, sich dem privaten System anschliessen müssen. Das staatliche System bleibt nur für diejenigen bestehen, bei denen die fehlenden Arbeitsjahre nicht ausreichen um eine Pension zu erhalten, die derjenigen des staatlichen Systems gleichkommt. Das bedeutet, wenn wir es gut verstanden haben, dass jüngere Jahrgänge, die dem staatlichen System angeschlossen sind, obwohl es ihnen gewiss nicht konveniert, jetzt zwangsweise an das private System übertragen werden.

Das Personal der Streit- und Sicherheitskräfte wird dem privaten Kapitalisierungssystem einverleibt, sofern es nicht zu alt ist, um dabei zur gleichen Pension wie im staatlichen System zu gelangen. Wie weit dies mit einer Verlängerung der Dienstzeit verbunden ist, wurde nicht gesagt, ist aber unter-

schwellig in der Ankündigung enthalten, da diese Personen sonst nicht auf eine angemessene Rente kommen. Auf indirekte Weise wird dabei ein anormaler Zustand korrigiert; denn es besteht kein Grund, weshalb Offiziere und Polizeibeamte nicht bis zum 65. Altersjahr tätig sein sollen.

Eine weitere Reform, die De la Rúa angekündigt hat, ist die schrittweise Erhöhung der Altersgrenze für Frauen von 60 auf 65 Jahre ab 1.1.2002. Dies begünstigt vor allem die Frauen selber, die gegenwärtig in den meisten Fällen weiter arbeiten wollen, sofern sie keine Gesundheitsprobleme haben, jedoch bei Erreichung der Altersgrenze von ihren Arbeitgebern pensioniert werden können, was sehr oft getan wird. Jetzt müssten sie in diesem Fall entlassen werden, was sehr teuer zu stehen kommt, weil es sich meistens um Arbeitnehmer mit vielen Dienstjahren handelt.

Zu diesen Reformen kommt dann noch hinzu, dass diejenigen Beitragspflichtigen, die sich nicht für eine bestimmte Rentenkasse (AFJP) entscheiden (die angeblich die Mehrheit darstellen), nicht mehr wie bisher im Verhältnis zu den Beitragenden jeder Kasse, sondern in jeder Region derjenigen Kasse zugeteilt werden, die die niedrigsten Provisionen hat. Das ist ein geschickter Anreiz zur Senkung dieser Provisionen.

Der Präsident erklärte, das System werde mit dieser Reform „solventer“, was auf gut Deutsch bedeutet, dass die Ausgaben stärker durch die Beiträge der Arbeitenden gedeckt werden. Wie weit diese Rechnung stimmt, hängt allerdings von der Zahl derjenigen ab, die die Subvention von \$ 100 beanspruchen. Allerdings besteht die Möglichkeit, die Eintreibung der Beiträge durch Privatisierung zu verbessern. Laut Bericht der Kammer der privaten Rentenkassen zahlten von den im privaten System eingetragenen Beitragspflichtigen nur 41,08% effektiv ihren Beitrag, während es beim staatlichen System 42,20% waren, verglichen mit 46,31% und 45,07% ein Jahr zuvor. 78,81% der Beitragenden sind im privaten System eingetragen. Würden die Kassen selber mit dem Inkasso betraut, das jetzt von der AFIP abhängt, so würden sie wohl einen grossen Teil dieser säumigen Mitglieder zur Zahlung zwingen und dabei auch den staatlichen Beitrag kassieren. Dann ginge die Rechnung wohl gut auf.

Diese Reform sollte per Not-

standsdekret verfügt werden, da Zweifel bestanden, ob sie im Kongress durchgehen würde. Dann kamen jedoch Zweifel auf, wobei darauf hingewiesen wurde, dass es bei einem Dekret zu einem Ratsentschwanz von Prozessen kommen würde. In einer langen Unterredung mit Allianz-Deputierten, vornehmlich des Frepaso, wurde dann am Donnerstag vereinbart, diese Reform doch als

## Private Mitwirkung bei Steuereintreibung

Präsident De la Rúa erklärte, die Regierung werde entschieden beim „Outsourcing“ und der Privatisierung der Kontrolle und dem Inkasso einiger Steuern voranschreiten. Dies beziehe sich auf das Steueramt und das Zollamt. Diese programmatische Definition stellt eine wahre Revolution dar, war doch besonders diese Regierung bisher grundsätzlich gegen private Mitwirkung auf diesem Gebiet eingestellt. Wenn dieser Gedanke konsequent durchgeführt wird, dann können die Fiskaleinnahmen um leicht \$ 5 Mrd. jährlich steigen, so dass kein Haushaltsdefizit verbleiben sollte. Bei einer Hinterziehung, die auf mindestens \$ 25 Mrd. geschätzt wird, ginge es ohnehin nur um 20%, was ein bescheidenes Ziel wäre.

Diese private Mitwirkung besteht in gewisser Hinsicht schon; so hat der ehemalige Wirtschaftsminister Roque Fernández 1997 eine private Zollkontrolle für bestimmte Importe eingeführt, die sehr effektiv war, mit einem Erlös von sechs Mal die Kosten des Programms (\$ 300 Mio. zusätzliche Jahreseinnahmen der AFIP gegen \$ 50 Mio, die die Privatunternehmen für ihre Arbeit erhalten). Eigentlich war die Rechnung noch günstiger für den Fiskus, da ein so-

Gesetzesprojekt dem Kongress zu übergeben, aber mit einigen Änderungen. Angeblich soll jetzt die universelle Grundleistung (PBU) verringert, aber nicht abgeschafft werden. Dieser Rückzieher schwächt die Regierung und nährt den Vertrauensschwund. Als Gegenleistung versprachen die Deputierten eine schnelle Verabschiedung des Budgets 2001. Immerhin etwas.

genannter „Demonstrationseffekt“ entstand, also viele Importeure spontan höhere Preise angaben. Auch muss berücksichtigt werden, dass das Zollamt das System sabotiert hat, dass es in vielen Aspekten unvollkommen war und dass das Steueramt bei festgestellter Unterfakturierung keine entsprechende Steuerkontrolle durchführte, da in diesen Fällen schwarz verkauft wird. Das System wurde schon unter der Menem-Regierung eingeschränkt, indem zahlreiche Warengruppen ausgenommen wurden. Und vor knapp einem Monat hat nun diese Regierung das Programm halbiert. Ursprünglich umfasst es wertmässig etwa 20% der Importe; jetzt sind es wohl kaum 5%. Das formelle Argument ist, dass das Budget gekürzt wurde und somit keine Mittel für die Zahlung der Kontrollfirmen bestehen. Der Staat macht eben keine Kosten-Gewinn-Rechnung. In Wirklichkeit hat sich hier die bürokratische Struktur des Zollamtes durchgesetzt, für die diese private Kontrolle ein Dorn im Auge war, da sie dadurch blossgestellt wurde.

Der zweite Fall, der sich unmittelbar stellt, ist der der Kontrolle der Schlachthöfe. Das jüngste Gesetz gegen die Hinterziehung verfügt, dass diese mit elektroni-

schen Waagen ausgestattet werden müssen, so dass die Rinder gezählt und gewogen werden. Aber das Landwirtschaftsministerium beharrt darauf, das dies durch Staatsbeamten kontrolliert wird, womit das ganze System unwirksam wird. Bei privater Kontrolle hingegen, kann dabei nicht nur die Hinterziehung der Schlachthöfe, sondern auch der Landwirte, der Fleischhändler und der Metzger erfasst werden, die über \$ 500 Mio. pro Jahr ausmacht.

Wie verlautet, soll an erster Stelle die Einheitssteuer privat kontrolliert werden. Das ist sehr einfach, da es sich um feste Monatsbeträge handelt und das Steueramt die Liste der Steuerpflichtigen besitzt. Ebenso einfach wäre eine private Kontrolle des Moratoriums. In Córdoba hat Gouverneur De la Sota sein Moratorium voll privatisiert, mit einer hohen Anzahlung der Privatfirma, die die Arbeit verrichtet und dabei sehr erfolgreich ist. An zweiter Stelle soll dann die Kontrolle der Sozialbeiträge von Haushaltspersonal privat kontrolliert werden. Angeblich werden die Beiträge nur in etwa 10% der Fälle gezahlt. Nachdem diese Regierung ein grosszügiges gesetzliches System für dieses Personal geschaffen hat, geht es jetzt nur darum, dass private Inspektoren von Haus zu Haus wandern und klingeln.

Die wichtigste Privatisierung wäre die Kontrolle der Pensionskassenbeiträge durch die privaten Rentenkassen oder sonst eine Privatfirma. Es geht hier um eine Hinterziehung oder Säumigkeit von über \$ 17 Mrd. pro Jahr. Eine Kontrollfirma arbeitet schon sehr erfolgreich für Sozialwerke grosser Gewerkschaften, deren Beiträge formell auch von der AFIP kassiert werden.

Ein weiterer Fall der privaten Kontrolle bezieht sich auf Benzin und Dieseltreibstoff. Einmal müssen viele Tankstellen kontrolliert werden, die sonst Benzin mit einem Lösungsmittel mischen, das keine Brennstoffsteuer zahlt; und dann muss auch der Vertrieb in Patagonien kontrolliert werden, wo die Steuer bisher erlassen wurde und ab 1.1.01 halbiert werden soll. Die Gegend weist einen Konsum auf, den sie nicht hat und nicht haben kann. Der Brennstoff wird eben in Wirklichkeit woanders verkauft. Ein guter Fachmann hat berechnet, dass bei Brennstoffen \$ 300 Mio. jährlich hinterzogen werden.

Auch wird an eine private Kontrolle der Vermögenssteuer gedacht, bei der nur ein Viertel der Verpflichteten die Steuer effektiv zahlt. Allerdings zahlen Personen mit hohem Vermögen diese Steuer mehr oder weniger richtig, so dass die Hinterziehung, in Werten bemessen, wohl kaum über einem Drittel liegt. Allerdings würde sich für die privaten Kontrollfirmen ein Problem mit den Eigentumsregistern stellen, die in vielen Provinzen sehr schlecht sind, so dass ihnen der Zugang zur Information faktisch gesperrt wäre, auch wenn sie legal ermächtigt sind.

Die Möglichkeiten, die sich bieten, sind noch viel weitgefächert. Es nimmt uns Wunder, ob die Regierung in dieser Sache wirklich durchgreifend handelt, oder ob sich schliesslich die AFIP-Bürokratie durchsetzt, die grundsätzlich dagegen ist und dieses „Outsourcing“ bestimmt sabotieren wird. Die Initiative stammt von Kabinettschef Chrystian Colombo, der auch für die operativen Aspekte der AFIP zuständig ist. Er wird jedoch kämpfen müssen, um sich durchzusetzen.